

**Rede
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 3.d)

Aktuelle Stunde

**„Rot-grüne Regierung ohne Plan und ohne Mehrheit
in der Flüchtlingspolitik – Weil fordert Plan B von
Merkel und hat selbst keinen Plan A“**

während der Plenarsitzung vom 20.01.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

seit spätestens Mitte des vergangenen Jahres erlebt Deutschland eine bislang noch nie dagewesene Flüchtlingswelle in unserem Land.

Anzahl der Betroffenen, Umfang und das Tempo sind eine Herausforderung für alle Ebenen, vom Bund über das Land bis hin zu den Kommunen.

Die Kommunen und das Land, ebenso unzählige Ehrenamtliche und Rettungsdienste, leisten seit Wochen und Monaten hervorragende Arbeit.

Ministerpräsident Weil hat sich in den vergangenen Tagen zu Recht dazu sehr deutlich geäußert. Das wissen Sie auch und jetzt setzen Sie ganz aufgeschreckt eine Aktuelle Stunde an, in der Sie Scheinkritik üben, verzweifelt um Aufmerksamkeit ringen und davon ablenken wollen, dass auch sie eigentlich einräumen müssen, dass Ministerpräsident Weil recht hat.

Auf der Bundesebene liegen die entscheidenden Kompetenzen für die Bewältigung der Flüchtlingsströme, sie liegen bei der Bundesregierung, sie liegen bei der Bundeskanzlerin Frau Merkel und eben nicht bei der Landesregierung.

- Der Bund regelt die Flüchtlingsströme, nicht das Land.
- Der Bund verhandelt in Europa, nicht das Land.

Und was wir uns daher keinen Tag länger leisten können, ist der Totalausfall von Bundesinnenminister de Maiziere. Und was unser Land auch nicht braucht, ist eine Kanzlerin, die zwar immer wieder betont, dass man es schaffen werde, bis heute aber jede Antwort schuldig geblieben ist, wie man das schaffen solle.

Anrede,

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist die entscheidende Stelle zur zügigen Bewältigung der zu uns kommenden Flüchtlingswelle. Hier muss professionell, schnell und strukturiert gearbeitet werden. Das Tempo der Bearbeitung der Asylanträge ist nicht ausreichend, die dringend benötigte personelle Verstärkung kommt nicht an und hierfür steht der Bundesinnenminister in der Verantwortung.

Auf europäischer Ebene erleben wir nach wie vor ein stark unterschiedliches Engagement der europäischen Staaten. Es geht bis hin zur Totalverweigerung. Genau das ist nicht nur eine Schande für den europäischen Gedanken, die Bundeskanzlerin muss auch endlich die Frage beantworten, wie lange sie dem noch tatenlos zusehen möchte. Aus Merkels „Wir schaffen das“ ist doch schon lange ein „Ihr schafft das schon“ geworden und genau das geht nicht. Vor diesem Hintergrund hat Ministerpräsident Stephan Weil völlig zu Recht in klaren Worten von der Bundeskanzlerin gefordert zu handeln und ihren Teil dazu beizutragen, dass der Staat die Lage im Griff hat.

Frau Merkel steht in der Verantwortung, eine europäische Lösung herbeizuführen. Sie steht angesichts ihrer Politik in der EU seit Beginn der Finanzmarktkrise und ihrer Forderungen an andere EU-Länder zentral im Geschehen und dafür steht nur noch ein kurzer Zeitkorridor zur Verfügung.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben die Lage angesichts ihrer Redebeiträge ganz offensichtlich immer noch nicht begriffen. Die angesprochenen Punkte, ihre vermeintliche Kritik ändern an dem von mir skizzierten Rahmen auf Bundesebene schlicht nichts.

Im Übrigen: Angesichts der Anstrengungen des Landes Niedersachsen und der massiven Aufstockungen, gerade im Bereich Sprachförderung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Auf- und Ausbau von Plätzen im Rahmen der Erstaufnahme, ist ihre Kritik mehr als nur unangebracht, Niedersachsen ist auf einem sehr guten Weg.

Zu diesem guten Weg gehört auch das Bündnis „Niedersachsen packt an“. Sehr geehrter Herr Thümler, ich freue mich, dass Sie dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ beigetreten sind. Wie ich gesehen habe, waren Sie gestern sogar Unterstützer des Tages und haben die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen betont. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Gerade vor diesem Hintergrund erwartet meine Fraktion von Ihnen allerdings, dass sie die unfassbaren Verlautbarungen ihres Stellvertreters nach Waffengewalt einfangen. Es ist nun an Ihnen, diese unerträglichen Ausfälle

zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen. Sie haben sich gewunden und versuchen sich herauszureden. Treten Sie an dieses Pult und erklären Sie sich für die CDU.

In unserem Land gibt es unverrückbare Werte wie Freiheit, Solidarität, Respekt, Toleranz, gleiche Rechte und eine - wie sich gerade jetzt zeigt - Riesenmenge Mitmenschlichkeit.

Gefährden Sie das nicht durch den Totalausfall Ihres Stellvertreters, kehren Sie zurück zu dem, was Sie selbst gesagt haben: Gemeinsam die Herausforderungen meistern!